

Der US-Wirtschaftswissenschaftler Michael Hudson ist der Meinung, dass die US-Regierung mit ihrer Ukraine-Politik ihren Einfluss auf Europa und die Existenz der NATO aufs Spiel setzt.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 043/15 – 25.02.15**

Die Auflösung der Ukraine

Von Michael Hudson

Michael-Hudson.com, 16.02.15

(<http://michael-hudson.com/2015/02/ukraine-denouement/>)

Die Schulden bei Russland und der Doppelschlag des IWF

Das Schicksal der Ukraine wird nicht militärisch, sondern auf dem wichtigsten Schlachtfeld entschieden: auf dem der internationalen Finanzen. Kiew ist pleite; es hat seine Devisen für einen Krieg verschwendet, der seine für den Export wichtige Industrie und seinen Kohlenbergbau im Donbass zerstört und seinen Haupthandelspartner Russland vergrault hat, der bisher 38 Prozent der ukrainischen Exporte abnahm. Tief verschuldet – am 20. Dezember werden allein für die Schulden bei Russland 3 Milliarden Euro fällig – steht die Ukraine vor der Zahlungsunfähigkeit, wenn der IWF (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_W%C3%A4hrungsfonds) und die EU ihr im nächsten Monat keine neuen Kredite gewähren, damit sie ihre Importe bezahlen und die alten russischen und andere ausländische Kredite bedienen kann.

Finanzministerin Natalia Jaresko (s. http://en.wikipedia.org/wiki/Natalie_Jaresko) gab am Freitag bekannt, sie hoffe, dass Anfang März neues Geld zu fließen beginne [s. http://www.counterpunch.org/2015/02/16/ukraine-denouement/#_ftn1]. Die Ukraine muss allerdings Bedingungen akzeptieren, die eigentlich unzumutbar sind: Sie muss einen ehrlichen Haushaltsplan vorlegen und ihre korrupten Oligarchen, die nicht nur die Rada (das ukrainische Parlament), sondern auch die Bürokratie kontrollieren, zur Kasse bitten; sie muss noch mehr sparen, ihre Umweltschutzbestimmungen lockern, ihre Industrie "attraktiv" für ausländische Investoren machen und ihnen auch ukrainisches Land, Bodenschätze und andere Vermögenswerte zugänglich machen und das – wegen der katastrophalen Wirtschaftslage – auch noch zu Dumpingpreisen.

Das IWF-Darlehen ist durch die militärische Situation gefährdet. Am 28. Januar sagte Christine Lagarde, der IWF werde kein weiteres Geld freigeben, so lange in der Ukraine Krieg herrsche. Die Kämpfe sollten eigentlich am Sonntagmorgen enden. Dmytro Jarosch (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Dmytro_Jarosch), der Anführer des Rechten Sektors, hat aber schon angekündigt, dass seine Privatarmee und das Azow-Bataillon die Vereinbarung von Minsk ignorieren und den Kampf gegen russisch sprechende Ukrainer fortsetzen werden. Er verfügt über eine starke Fraktion in der Rada.

Wie viel Geld aus dem Haushalt der Ukraine wird für Waffen ausgegeben werden? Deutschland und Frankreich haben sich nicht nur gegen weitere militärische Abenteuer der USA in der Ukraine, sondern auch gegen eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ausgesprochen. Aber wird Deutschland nötigenfalls auch Sanktionen gegen Kiew verhängen, um eine Wiederaufnahme der Kämpfe zu verhindern? (s. dazu auch <https://www.freitag.de/autoren/soenke-paulsen/wann-kommen-sanktionen-gegen-kiew>) Wenn es den USA gelänge, die Ukraine in die NATO aufnehmen zu lassen, wäre das der Todesstoß für die

Schaffung einer eurasischen Wirtschaftszone – bestehend aus Deutschland und anderen europäischen Ländern, einschließlich Russlands.

Die Obama-Regierung pokert hoch und riskiert viel, in der Hoffnung Europa habe keine Alternative und werde sich schließlich wieder fügen. Aber diese Strategie droht fehlzuschlagen. Mit dem Versuch, Russland aus Europa herauszudrängen, könnten die USA zu hoch gepokert haben und das Gegenteil erreichen. Mit ihrem Abenteuer Ukraine könnten die USA den ersten Schritt auf einem Weg gemacht haben, der zum Verlust Europas führt. Dieses Abenteuer könnte sogar damit enden, dass sich die Europäer aus wirtschaftlichem Eigeninteresse aus der NATO zurückziehen, wenn Moskau die Welt davon überzeugen kann, dass die Ära der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Industriestaaten vorbei ist und Russland niemand militärisch bedroht. Warum sollte sich Europa dann noch in einen zweiten Kalten Krieg hineinziehen lassen?

Damit die geopolitische Strategie der USA Erfolg hat, müssten die Ukraine, Russland und das übrige Europa gegen ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen handeln. Wie lange wären sie wohl bereit, dieses Opfer zu bringen? An welchem Punkt werden die wirtschaftlichen Interessen eine Entscheidung zwischen alten geopolitischen Militärbündnissen und politischer Loyalität gegenüber dem eigenen Staat erzwingen?

Dazu wird es bald kommen, weil Europa – wenn wir Jugoslawien einmal beiseite lassen – (nach 70 Jahren) zum ersten Mal wieder mit einem großen Krieg auf diesem Kontinent rechnen müsste. Welchen Vorteil hätte Europa davon, wenn es für eine der korruptesten Oligarchien nördlich des Äquators Krieg führen würde?

Das ukrainische Abenteuer der USA, das unter Hillary Clinton von Victoria Nuland (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Victoria_Nuland) begonnen wurde und unter John Kerry von ihr fortgesetzt und von der NATO unterstützt wird, zwingt die EU dazu, gemeinsame Sache mit den USA zu machen oder eine unabhängige eigene Linie zu verfolgen. Der die Demokraten unterstützende George Soros (s. http://de.wikipedia.org/wiki/George_Soros), dessen Aggressivität sich durchaus mit der Sheldon Adelsons (s. dazu auch http://de.wikipedia.org/wiki/Sheldon_Adelson), der den Republikanern nahesteht, messen kann, hat kürzlich in der neokonservativen Publikation *New York Review of Books* den Westen aufgefordert, der Ukraine für 50 Milliarden Dollar Waffen zu liefern und das als Investition zur militärischen Eindämmung Russlands zu betrachten. Das ist die alte Brzezinski-Strategie, mit der die wirtschaftliche Integration Russlands in Europa verhindert werden soll. Sie geht davon aus, dass Wirtschaftsbündnisse leicht zu Militärbündnissen werden können und die Konzentration wirtschaftlicher Macht zum Streben nach politischer Unabhängigkeit führt.

Die *Financial Times* schloss sich schnell der Soros-Forderung nach 50 Milliarden Dollar Militärhilfe für die Ukraine an. Als Präsident Obama ankündigte, dass er die Lieferung von "Verteidigungswaffen" erwäge, erklärte Kiew, man denke bei der Verteidigung der Ukraine an eine "Pufferzone", die bis nach Sibirien reiche.

Erste Konfrontation: Wird der IWF bei seiner Kreditgewährung Rückzahlungen an Russland ausschließen?

Der IWF ist insofern in die Konfrontation der USA mit Russland einbezogen, weil er die Auslandsverschuldung Kiews refinanzieren soll. Er hat bereits festgestellt, dass private Kreditgeber einen Schuldenschnitt hinnehmen müssen, weil sich die ukrainischen Oligarchen deren Kredite angeeignet oder für den Krieg ausgegeben haben und Kiew das Geld nicht zurückzahlen kann. Aber was ist mit den 3 Milliarden Euro, die Russland der Ukraine aus seinem Staatshaushalt geliehen hat und die nach den Londoner Regeln (für den Fi-

nanzmarkt) nicht durch eine Schuldenschnitt angetastet werden dürfen? Russland hat sich beklagt, dass im Haushaltsplan der Ukraine keine Mittel für die Bedienung der russischen Kredite vorgesehen sind. Wird der IWF den von der Ukraine vorgelegten Haushaltsplan akzeptieren und damit zulassen, dass Russland um die ihm zustehenden Rückzahlungen betrogen wird? Schafft er, wenn er das zulässt, einen Präzedenzfall für alle kommenden Verhandlungen über die Rückzahlung staatlicher Kredite?

Die allgemein anerkannten internationalen Regeln für die Rückzahlung von Schulden wurden im letzten Jahr in Frage gestellt, als der US-Richter Griesa die Pari-passu-Klausel (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Pari-passu-Klausel>) in Bezug auf die Rückzahlung der Staatsschulden Argentiniens sehr eigenwillig interpretierte (s. <http://www.welt.de/wall-street-journal/article130717993/Greiser-US-Richter-spielt-Schicksal-fuer-Argentinien.html>). Diese Klausel legt fest, dass alle Gläubiger gleich zu behandeln sind. Griesa hat diese Regel als bisher einziger sehr eigenwillig wie folgt interpretiert: Wenn sich irgendein Gläubiger – z. B. ein Hedgefonds – weigert, einen Schuldenschnitt zu akzeptieren, kann keine solche Vereinbarung getroffen werden; eine souveräne Regierung (kann nach Meinung des Richters Griesa bei einem einzigen Einspruch) also keine Zahlungen an irgendeinen Gläubiger irgendwo auf der Welt leisten, unabhängig davon unter welchen Bedingungen der jeweilige Kredit gewährt wurde.

Diese bizarre Interpretation des Gleichbehandlungsgrundsatzes war vorher nicht üblich. Schulden beim IWF, bei der EZB oder anderen staatlichen Einrichtungen waren bisher vorrangig vor den Schulden bei privaten Kreditgebern zu tilgen. Auch für von Russland gewährte Kredite galten uneingeschränkt die Londoner Regeln. US-Diplomaten reden jetzt aber laut und öffentlich darüber, wie Russland betrogen werden könnte. Sie haben sogar angedacht, das Darlehen, das Russland der Ukraine für das zum Heizen der Wohnungen und zum Betreiben von Fabriken gelieferte Gas gewährt hat, als nicht zu bezahlende Hilfeleistung anzusehen oder die Rückzahlung wegen der gegen Russland verhängten Sanktionen zu verweigern. Ziel ist es, Russland die Behandlung nach der Pari-passu-Klausel zu versagen, die natürlich auch für die Rückzahlung staatlicher Kredite zu gelten hat.

Wie bei Argentinien, wo Hedgefonds von der Entschuldung profitieren wollen, versuchen Spekulanten nach dem gleichen Muster jetzt auch noch bei der bankrotten Ukraine abzukassieren. Die *Financial Times* hat berichtet, dass der US-Investor Michael Hasenstab (s. <http://www.handelsblatt.com/finanzen/maerkte/anleihen/staatsanleihen-der-krisengewinnler/9862450.html>) mit seinem Templeton Global Bond Fund für 7 Milliarden Dollar ukrainische Staatsanleihen aufgekauft hat. Auch andere Spekulanten könnten ukrainische Schuldverschreibungen für die Hälfte ihres Nennwerts aufkaufen, weil sie hoffen, deren vollen Wert erstattet zu bekommen, wenn die Ukraine ihre Schulden bei Russland voll zurückbezahlen muss – oder wenigsten von einer Wertsteigerung profitieren zu können.

Die von dem US-Richter verursachte Konfusion könnte dazu führen, dass Russland seine finanziellen Ansprüche an die Ukraine in einem jahrelangen Gerichtsverfahren, wie Argentinien eines bevorsteht, einklagen muss. Auf dem Spiel steht die Rolle des IWF als Schuldenkoordinator: Wird er darauf bestehen, dass Russland den gleichen Schuldenschnitt wie die privaten Hedgefonds hinnehmen muss?

Finanzkonflikte haben sich zu einer besonderen Art der Kriegsführung entwickelt. Die Manipulation von Rückzahlungsbedingungen wird als Waffe im neuen Kalten Krieg eingesetzt. Dieses Schlachtfeld konnte nur eröffnet werden, weil sich die USA in den letzten Jahrzehnten hartnäckig gegen die Schaffung einer internationalen Institution gesträubt haben, die dazu ermächtigt ist, die Zahlungsfähigkeit von Staaten zu beurteilen. Das gibt dem US-Finanzministerium die Möglichkeit, sich nach Belieben in Staaten einzumischen,

die in eine Schuldenkrise geraten sind. So können unter dem Einfluss der USA stehende Staaten "gerettet, aber gleichzeitig auch an die kurze Leine genommen werden"; bei Argentinien oder den BRICS-Staaten (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/BRICS-Staaten>), die nach Unabhängigkeit streben, funktioniert das nicht.

Perspektivisch könnte diese Entwicklung die globale Finanzwelt in einen vom US-Dollar beherrschten Bereich und einen eigenständigen Währungsbereich der BRICS-Staaten aufspalten. (Weitere Informationen dazu sind aufzurufen unter http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP15913_211013.pdf und http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP06814_110414.pdf .) Die USA haben sich der Gründung einer internationalen Instanz zur Beurteilung der Zahlungsfähigkeit von Schuldnerländern immer widersetzt, obwohl andere Staaten sie dringend fordern, um ihre Wirtschaften vor der gegenwärtig herrschenden Anarchie zu retten. Die US-Diplomatie betrachtet die Anarchie hingegen als willkommene Gelegenheit, Freunde belohnen und Gegner und "Unabhängige" bestrafen zu können. Die herrschende Finanzanarchie ist für Argentinien, Griechenland, Irland, Spanien, Portugal, Italien und anderer Schuldnerländer unerträglich geworden, weil ihre finanziellen Verpflichtungen viel zu hoch sind.

Der Doppelschlag des IWF zwingt zu Privatisierungsausverkäufen, damit Privatanleger noch mehr Profit machen können.

Die Kredite des IWF werden Regierungen hauptsächlich deshalb gewährt, damit die ihre Schulden bei ausländischen Investoren und Banken bezahlen können, und nicht etwa für soziale Programme oder zur Ankurbelung ihrer Wirtschaft. Staaten, die IWF-Kredite haben wollen, müssen harte "Bedingungen" akzeptieren, damit ihre ausländischen Geldgeber keine Verluste durch Schuldenschnitte erleiden müssen und ihr Geld wieder vollständig abziehen können; die eigenen Steuerzahler müssen dann die Kosten für die Kapitalflucht und die Korruption bezahlen.

Ein grundlegendes Prinzip der neoliberalen Wirtschaft ist die Annahme, Schulden im Ausland könnten durch interne Sparmaßnahmen getilgt werden. Dieser Mythos besagt, durch Sparprogramme und Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben könnten Regierungen ihre Schulden in fremden Währungen zurückzahlen, als gäbe es kein "Transferproblem" (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Transferproblem>).

In Wirklichkeit lassen Sparprogramme die Wirtschaft noch weiter schrumpfen und erhöhen damit auch das Haushaltsdefizit. Gleichgültig, wie viel Geld eine Regierung aus ihrer Volkswirtschaft herauspresst, ihre Auslandsschulden kann sie nur auf zweierlei Art bezahlen: durch höhere Exporte oder durch den Verkauf öffentlichen Eigentums an ausländische Kapitalanleger. Die zweite Option führt zur Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur; dabei werden subventionierte öffentliche Dienstleistungen durch meist kostspieligere private Dienstleistungen ersetzt, die bei künftiger Kapitalflucht ganz verlorengehen. Die vom IWF angebotene "Lösung" macht das Schuldenproblem also nur größer und zwingt zu immer neuen Privatisierungsausverkäufen.

Deshalb haben sich die Wirtschaftsprognosen des IWF für die Ukraine Jahr für Jahr als falsch erwiesen – wie vorher schon bei Irland, Griechenland und bei Ländern der Dritten Welt seit den 1970er Jahren. Und die destruktive Finanzpolitik des IWF beruht keinesfalls auf Prognosefehlern, sie wird vorsätzlich betrieben. Die fatalen Folgen dieser IWF-Politik müssen allein die durch sie noch höher verschuldeten Opfer tragen.

Auf die erzwungene Sparpolitik folgt der zweite Schlag des IWF. Die verschuldete Regierung muss alles verkaufen, woran Investoren interessiert sind. In der Ukraine wollen sich

Kapitalanleger vor allem die guten Ackerflächen aneignen. Monsanto hat schon viel Land gepachtet und würde es gern kaufen. In der Ukraine gibt es aber noch ein Gesetz, das den Verkauf landwirtschaftlich nutzbaren Landes an Ausländer verbietet. Der IWF wird zweifellos die Aufhebung dieses Gesetzes und sämtlicher Bestimmungen fordern, die ausländische Investitionen behindern könnten.

Internationaler Finanzkrieg

Die Verhandlungen des IWF mit der Ukraine über deren Verschuldung macht deutlich, warum Finanzprobleme zu bevorzugten Angriffspunkten im geopolitischen Krieg geworden sind. Dabei geht es um die Aneignung von Land, um Rohstoffe – z.B. um Gasvorkommen im Schwarzen Meer, um den Erwerb von Infrastruktur, aus der sich Einnahmen erzielen lassen, und um die Übernahme von Banken.

Der IWF agiert, als unterstehe er dem Pentagon und unterhalte Büros an der Wall Street und im Hauptquartier der Demokratischen Partei, deren Miete von Soros bezahlt wird. Soros hat eine Liste von Vermögenswerten erstellt, die er und seine Kumpane gern der ukrainischen Regierung und den ukrainischen Oligarchen, die diese kontrollieren, abkaufen möchten. Die Verkaufserlöse der Oligarchen (und die Gewinne der Investoren) werden aber nicht in der Ukraine bleiben, sondern schnell wieder zurück nach London, nach New York oder in die Schweiz wandern. Die Ukraine wird das Staatseigentum verlieren, das ihr 1991 mit der Trennung von der Sowjetunion zugefallen ist, und trotzdem hoch verschuldet bleiben – auch bei ukrainischen Oligarchen, die von ausländischen Steueroasen aus operieren.

Wie wird sich das auf die Beziehungen Europas zu den USA und zur NATO auswirken?

Zwei Zukunftsperspektiven

Noch vor einer Generation wurde erwartet, dass sich die Ukraine und andere ehemalige Sowjetrepubliken in die deutsche und westeuropäische Wirtschaft integrieren würden. Bei dieser zu vermutenden Entwicklung hätten Russland und die anderen postsowjetischen Staaten unter westlichem Einfluss ihre Industrie, ihr Bauwesen und ihre Landwirtschaft modernisiert und wären mit Westeuropa zu einem unabhängigen und prosperierenden eurasischen Wirtschaftsraum zusammengewachsen. Erst kürzlich hat der russische Außenminister Lawrow auf der Münchener Sicherheitskonferenz wieder über die russische Hoffnung auf eine Vereinigung der Eurasischen Union mit der Europäischen Union zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum gesprochen, der sich von Lissabon bis nach Wladiwostok erstrecken könnte. (Diese Rede ist nachzulesen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP03015_100215.pdf). Deutschland und andere westeuropäische Staaten haben begonnen, in ehemaligen Sowjetrepubliken (und in Russland selbst) zu investieren.

Für die US-Neokonservativen ist diese Hoffnung ein Albtraum; in ihren aus dem viktorianischen Zeitalter stammenden geopolitischen Vorstellungen ist kein Platz für ein wirtschaftliches Machtzentrum Eurasien. Dieser Albtraum quälte Großbritannien auch schon vor dem Ersten Weltkrieg und hat es eine Politik verfolgen lassen, die darauf abzielte, Kontinentaleuropa zu spalten, um die Herausbildung einer das Festland dominierenden Macht oder Achse zu verhindern.

Heute wollen die USA mit ihrer in der Ukraine verfolgten Strategie Russland von Europa und vor allem von Deutschland fernhalten. Das US-Drehbuch ist dabei ganz einfach: Jede Wirtschaftsmacht kann zur Militärmacht werden, und jede Militärmacht kann andere Staa-

ten dazu ermuntern, ihre eigenen Interessen zu verfolgen, anstatt ihre Politik den politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Zielen der USA unterzuordnen. Deshalb sehen US-Geostrategen jede aufkommende Wirtschaftsmacht als potenzielle militärische Bedrohung an, die gestoppt werden muss, bevor sie in Fahrt kommt.

Wir können jetzt erkennen, warum die USA, als Janukowytch das Sparprogramm der EU und des IWF ablehnte, im Februar 2014 den Staatsstreich in Kiew inszenieren mussten. Der mit den geplanten Sparmaßnahmen verbundene Abbau von Subventionen für Verbrauchsgüter und von öffentlichen Dienstleistungen hätte die Ukrainer gegen den Westen aufgebracht und zurück zu Russland getrieben. Mit dem auf dem Maidan angezettelten Staatsstreich wurde das verhindert, und der Krieg der Westukraine gegen die Ostukraine soll den größeren Teil der Ukraine endgültig in die Arme des Westens treiben, damit sich die Privatisierer und neokonservativen Nutznießer seiner Infrastruktur bemächtigen können.

Der US-Plan könnte die EU aber dazu bringen, ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Russland und den BRICS-Staaten auszubauen und sich aus dem Einflussbereich der USA zu entfernen. Diese politische Gefahr besteht immer, wenn eine große Macht andere Staaten zwingen will, sich für ihre Seite zu entscheiden.

Und Hillary schweigt

Nachdem Außenministerin Hillary Clinton die Kriegstreiberin Viktoria Nuland, die schon Cheney gedient hatte, übernommen und Putin mit Hitler verglichen hat, war klar, dass sie zu den Falken gehört. Soros großzügige 10-Millionen-Dollar-Spende für die Demokraten hat diese Partei wohl dazu bewogen, der EU im Streit um die künftige Geopolitik den Fehdehandschuh hinzuwerfen und einen neuen Kalten Krieg zu provozieren.

Hillarys jetziges Schweigen ist damit zu erklären, dass sie nicht nur weiß, wie unpopulär ihre neokonservative Politik bei den Wählern ist, sondern auch, wie sehr ihr Hauptsponsor diese Politik schätzt. Die Frage ist, ob die Republikaner ihr das nicht vor der Präsidentschaftswahl im Jahr 2016 vorhalten werden? Welche Alternative wird den Wählern dann bleiben?

Diese Aussicht sollte die Europäer erschauern lassen. Es gibt Berichte, dass Putin Frau Merkel und Hollande letzte Woche in Minsk vor folgende Wahl gestellt hat: Sie könnten gemeinsam mit Russland einen prosperierenden einheitlichen Wirtschaftsraum bilden und dabei Moskaus Rohstoffe mit ihrer Technologie verbinden. Falls sie es aber vorzögen, die weitere Ausdehnung der von den USA dominierten NATO nach Osten zu unterstützen, würden sie Russland in einen Krieg zwingen, der Westeuropa auslöschen werde.

Deutsche Offizielle sollen bereits über Sanktionen gegen die Ukraine und nicht gegen Russland gesprochen haben, wenn Kiew seinen Krieg gegen die ethnischen Russen in der Ostukraine nicht einstellt und damit auch den Versuch aufgibt, Russland in diesen Krieg hineinzuziehen. Könnte Obamas neokonservative Strategie zum Verlust Europas führen? Wird für zukünftige US-Historiker der Verlust Europas wichtiger als der Konflikt mit Russland sein?

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Dass deutsche Offizielle über Sanktionen gegen Kiew nicht nur nachgedacht, sondern sogar schon darüber gesprochen haben sollen, halten wir für wenig wahrscheinlich. Ansonsten sind Hudsons Aussagen aber sehr schlüssig. Infos über den Autor sind nachzulesen unter http://de.wikipedia.org/wiki/Michael_Hudson . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

Michael Hudson

Ukraine denouement

February 16, 2015

By Michael Hudson

The Russian loan and the IMF's One-Two Punch

The fate of Ukraine is now shifting from the military battlefield back to the arena that counts most: that of international finance. Kiev is broke, having depleted its foreign reserves on waging war that has destroyed its industrial export and coal mining capacity in the Donbass (especially vis-à-vis Russia, which normally has bought 38 percent of Ukraine's exports). Deeply in debt (with €3 billion falling due on December 20 to Russia), Ukraine faces insolvency if the IMF and Europe do not release new loans next month to pay for new imports as well as Russian and foreign bondholders.

Finance Minister Natalia Yaresko announced on Friday that she hopes to see the money begin to flow in by early March.[1] But Ukraine must meet conditions that seem almost impossible: It must implement an honest budget and start reforming its corrupt oligarchs (who dominate in the Rada and control the bureaucracy), implement more austerity, abolish its environmental protection, and make its industry "attractive" to foreign investors to buy Ukraine's land, natural resources, monopolies and other assets, presumably at distress prices in view of the country's recent devastation.

Looming over the IMF loan is the military situation. On January 28, Christine Lagarde said that the IMF would not release more money as long as Ukraine remains at war. Cessation of fighting was to begin Sunday morning. But Right Sector leader Dmytro Yarosh announced that his private army and that of the Azov Battalion will ignore the Minsk agreement and fight against Russian-speakers. He remains a major force within the Rada.

How much of Ukraine's budget will be spent on arms? Germany and France made it clear that they oppose further U.S. military adventurism in Ukraine, and also oppose NATO membership. But will Germany follow through on its threat to impose sanctions on Kiev in order to stop a renewal of the fighting? For the United States bringing Ukraine into NATO would be the coup de grace blocking creation of a Eurasian powerhouse integrating the Russian, German and other continental European economies.

The Obama administration is upping the ante and going for broke, hoping that Europe has no alternative but to keep acquiescing. But the strategy is threatening to backfire. Instead of making Russia "lose Europe," the United States may have overplayed its hand so badly that one can now think about the opposite prospect. The Ukraine adventure turn out to be the first step in the United States losing Europe. It may end up splitting European economic interests away from NATO, if Russia can convince the world that the epoch of armed occupation of industrial nations is a thing of the past and hence no real military threat exists – except for Europe being caught in the middle of Cold War 2.0.

For the U.S. geopolitical strategy to succeed, it would be necessary for Europe, Ukraine and Russia to act against their own potential economic self-interest. How long can they be expected to acquiesce in this sacrifice? At what point will economic interests lead to a re-consideration of old geo-military alliances and personal political loyalties?

The is becoming urgent because this is the first time that continental Europe has been faced with such war on its own borders (if we except Yugoslavia). Where is the advantage for Europe supporting one of the world's most corrupt oligarchies north of the Equator?

America's Ukrainian adventure by Hillary's appointee Victoria Nuland (kept on and applauded by John Kerry), as well as by NATO, is forcing Europe to commit itself to the United States or pursue an independent line. George Soros (whose aggressive voice is emerging as the Democratic Party's version of Sheldon Adelson) recently urged (in the newly neocon New York Review of Books) that the West give Ukraine \$50 billion to re-arm, and to think of this as a down payment on military containment of Russia. The aim is old Brzezinski strategy: to foreclose Russian economic integration with Europe. The assumption is that economic alliances are at least potentially military, so that any power center raises the threat of economic and hence political independence.

The Financial Times quickly jumped on board for Soros's \$50 billion subsidy. When President Obama promised that U.S. military aid would be only for "defensive arms," Kiev clarified that it intended to defend Ukraine all the way to Siberia to create a "sanitary cordon."

First Confrontation: Will the IMF Loan Agreement try to stiff Russia?

The IMF has been drawn into U.S. confrontation with Russia in its role as coordinating Kiev foreign debt refinancing. It has stated that private-sector creditors must take a haircut, given that Kiev can't pay the money its oligarchs have either stolen or spent on war. But what of the €3 billion that Russia's sovereign wealth fund loaned Ukraine, under London rules that prevent such haircuts? Russia has complained that Ukraine's budget makes no provision for payment. Will the IMF accept this budget as qualifying for a bailout, treating Russia as an odious creditor? If so, what kind of legal precedent would this set for sovereign debt negotiations in years to come?

International debt settlement rules were thrown into a turmoil last year when U.S. Judge Griesa gave a highly idiosyncratic interpretation of the *pari passu* clause with regard to Argentina's sovereign debts. The clause states that all creditors must be treated equally. According to Griesa (uniquely), this means that if any creditor or vulture fund refuses to participate in a debt writedown, no such agreement can be reached and the sovereign government cannot pay any bondholders anywhere in the world, regardless of what foreign jurisdiction the bonds were issued under.

This bizarre interpretation of the "equal treatment" principle has never been strictly applied. Inter-governmental debts owed to the IMF, ECB and other international agencies have not been written down in keeping with private-sector debts. Russia's loan was carefully framed in keeping with London rules. But U.S. diplomats have been openly – indeed, noisily and publicly – discussing how to "stiff" Russia. They even have thought about claiming that Russia's Ukraine loans (to help it pay for gas to operate its factories and heat its homes) are an odious debt, or a form of foreign aid, or subject to anti-Russian sanctions. The aim is to make Russia "less equal," transforming the concept of *pari passu* as it applies to sovereign debt.

Just as hedge funds jumped into the fray to complicate Argentina's debt settlement, so speculators are trying to make a killing off Ukraine's financial corpse, seeing this gray area opened up. The Financial Times reports that one American investor, Michael Hasenstab, has \$7 billion of Ukraine debts, along with Templeton Global Bond Fund. New speculators may be buying Ukrainian debt at half its face value, hoping to collect in full if Russia is paid in full – or at least settle for a few points' quick run-up.

The U.S.-sponsored confusion may tie up Russia's financial claims in court for years, just as has been the case with Argentina's debt. At stake is the IMF's role as debt coordinator: Will it insist that Russia take the same haircut that it's imposing on private hedge funds?

This financial conflict is becoming a new mode of warfare. Lending terms are falling subject to New Cold War geopolitics. This battlefield has been opened up by U.S. refusal in recent decades to endorse the creation of any international body empowered to judge the debt-paying capacity of countries. This makes every sovereign debt crisis a grab bag that the U.S. Treasury can step in to dominate. It endorses keeping countries in the U.S. diplomatic orbit afloat (although on a short leash), but not countries that maintain an independence from U.S. policies (e.g., Argentina and BRICS members).

Looking forward, this position threatens to fracture global finance into a U.S. currency sphere and a BRICS sphere. The U.S. has opposed creation of any international venue to adjudicate the debt-paying capacity of debtor nations. Other countries are pressing for such a venue in order to save their economies from the present anarchy. U.S. diplomats see anarchy as offering an opportunity to bring U.S. diplomacy to bear to reward friends and punish non-friends and "independents." The resulting financial anarchy is becoming untenable in the wake of Argentina, Greece, Ireland, Spain, Portugal, Italy and other sovereign debtors whose obligations are unpayably high.

The IMF's One-Two Punch leading to privatization sell-offs to rent extractors

IMF loans are made mainly to enable governments to pay foreign bondholders and bankers, not spend on social programs or domestic economic recovery. Sovereign debtors must agree to IMF "conditionalities" in order to get enough credit to enable bondholders to take their money and run, avoiding haircuts and leaving "taxpayers" to bear the cost of capital flight and corruption.

The first conditionality is the guiding principle of neoliberal economics: that foreign debts can be paid by squeezing out a domestic budget surplus. The myth is that austerity programs and cuts in public spending will enable governments to pay foreign-currency debts – as if there is no "transfer problem."

The reality is that austerity causes deeper economic shrinkage and widens the budget deficit. And no matter how much domestic revenue the government squeezes out of the economy, it can pay foreign debts only in two ways: by exporting more, or by selling its public domain to foreign investors. The latter option leads to privatizing public infrastructure, replacing subsidized basic services with rent-extraction and future capital flight. So the IMF's "solution" to the debt problem has the effect of making it worse – requiring yet further privatization sell-offs.

This is why the IMF has been wrong in its economic forecasts for Ukraine year after year, just as its prescriptions have devastated Ireland and Greece, and Third World economies from the 1970s onward. Its destructive financial policy must be seen as deliberate, not an innocent forecasting error. But the penalty for following this junk economics must be paid by the indebted victim.

In the wake of austerity, the IMF throws its Number Two punch. The debtor economy must pay by selling off whatever assets the government can find that foreign investors want. For Ukraine, investors want its rich farmland. Monsanto has been leasing its land and would like to buy. But Ukraine has a law against alienating its farmland and agricultural land to foreigners. The IMF no doubt will insist on repeal of this law, along with Ukraine's dismantling of public regulations against foreign investment.

International finance as war

The Ukraine-IMF debt negotiation shows why finance has become the preferred mode of geopolitical warfare. Its objectives are the same as war: appropriation of land, raw materials (Ukraine's gas rights in the Black Sea) and infrastructure (for rent-extracting opportunities) as well as the purchase of banks.

The IMF has begun to look like an office situated in the Pentagon, renting a branch office on Wall Street from Democratic Party headquarters, with the rent paid by Soros. His funds are drawing up a list of assets that he and his colleagues would like to buy from Ukrainian oligarchs and the government they control. The buyout payments for partnership with the oligarchs will not stay in Ukraine, but will be moved quickly to London, Switzerland and New York. The Ukrainian economy will lose the national patrimony with which it emerged from the Soviet Union in 1991, still deeply in debt (mainly to its own oligarchs operating out of offshore banking centers).

Where does this leave European relations with the United States and NATO?

The two futures

A generation ago the logical future for Ukraine and other post-Soviet states promised to be an integration into the German and other West European economies. This seemingly natural complementarity would see the West modernize Russian and other post-Soviet industry and agriculture (and construction as well) to create a self-sufficient and prosperous Eurasian regional power. Foreign Minister Lavrov recently voiced Russia's hope at the Munich Security Conference for a common Eurasian Union with the European Union extending from Lisbon to Vladivostok. German and other European policy looked Eastward to invest its savings in the post-Soviet states.

This hope was anathema to U.S. neocons, who retain British Victorian geopolitics opposing the creation of any economic power center in Eurasia. That was Britain's nightmare prior to World War I, and led it to pursue a diplomacy aimed at dividing and conquering continental Europe to prevent any dominant power or axis from emerging.

America started its Ukrainian strategy with the idea of splitting Russia off from Europe, and above all from Germany. The U.S. playbook is simple: any economic power is potentially military; and any military power may enable other countries to pursue their own interest rather than subordinating their policy to U.S. political, economic and financial aims. Therefore, U.S. geostrategists view any foreign economic power as a potentially military threat, to be countered before it can gain steam.

We can now see why the EU/IMF austerity plan that Yanukovich rejected made it clear why the United States sponsored last February's coup in Kiev. The austerity that was called for, the removal of consumer subsidies and dismantling of public services would have led to an anti-West reaction turning Ukraine strongly back toward Russia. The Maidan coup sought to prevent this by making a war scar separating Western Ukraine from the East, leaving the country seemingly no choice but to turn West and lose its infrastructure to the privatizers and neo-rentiers.

But the U.S. plan may lead Europe to seek an economic bridge to Russia and the BRICS, away from the U.S. orbit. That is the diplomatic risk when a great power forces other nations to choose one side or the other.

The silence from Hillary

Having appointed Victoria Nuland as a holdover from the Cheney administration, Secretary of State Hillary Clinton joined the hawks by likening Putin to Hitler. Meanwhile, Soros's \$10 million on donations to the Democratic Party makes him one of its largest donors. The party thus seems set to throw down the gauntlet with Europe over the shape of future geopolitical diplomacy, pressing for a New Cold War.

Hillary's silence suggests that she knows how unpopular her neocon policy is with voters – but how popular it is with her donors. The question is, will the Republicans agree to avoid discussing this during the 2016 presidential campaign? If so, what alternative will voters have next year?

This prospect should send shivers down Europe's back. There are reports that Putin told Merkel and Holland in Minsk last week that Western Europe has two choices. On the one hand, it and Russia can create a prosperous economic zone based on Russia's raw materials and European technology. Or, Europe can back NATO's expansion and draw Russia into war that will wipe it out.

German officials have discussed bringing sanctions against Ukraine, not Russia, if it renews the ethnic warfare in its evident attempt to draw Russia in. Could Obama's neocon strategy backfire, and lose Europe? Will future American historians talk of who lost Europe rather than who lost Russia?

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern